

Bern, 29. November 2021

Wintersession 2021: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Mitglieder des Nationalrates

[AvenirSocial](#) ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit und vertritt die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Gemeindeanimation, Kindheitspädagogik und Arbeitsagogischer Leitung.

Was Sie als Parlamentarier*in entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressat*innen der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass Ihre Entscheidungen zu mehr Solidarität und sozialer Gerechtigkeit führen. Ebenso streben wir die Ermächtigung der Menschen an, sodass eine selbstbestimmte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Empfehlungen zu einem Geschäft, das für die Wintersession traktandiert ist und die Soziale Arbeit direkt betrifft. Unsere Empfehlungen zu früheren Geschäften finden Sie [hier](#).

20.063 - Ausländer- und Integrationsgesetz

Behandlung: Montag, 6. Dezember 2021

Empfehlung: Annahme Minderheitsanträge

Mit der Vorlage sollen gemäss Bundesrat Hürden bei der Integration von vorläufig aufgenommenen Personen in den Arbeitsmarkt abgebaut (erleichterter Kantonswechsel) und Reisen ins Ausland von asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen und schutzbedürftigen Personen eingeschränkt und gesetzlich geregelt werden. Für AvenirSocial überwiegen in der Vorlage die negativen Aspekte. Sie verletzt verschiedene Grundrechte wie bspw. das Recht auf Familienleben oder Bewegungsfreiheit. Deshalb empfehlen wir, den Minderheitsanträgen zu folgen. Andernfalls empfehlen wir die Ablehnung des Gesetzes in der Schlussabstimmung.

Die Vernehmlassungsantwort von AvenirSocial von November 2019 ist [hier](#) abrufbar.

Kürzlich eingereichte und hängige Vorstösse zu wichtigen Themen der Sozialen Arbeit

21.3317 - Impulsprogramm zur Erhöhung der Ablösequoten in der Sozialhilfe

Empfehlung: Annahme

Die im Mai 2021 publizierte Analyse des Büro BASS zur sogenannten Falllastreduktion der Sozialbehörde der Stadt Winterthur

(https://www.buerobass.ch/fileadmin/Files/2021/2021_Reduktion_Falllast_Winterthur_Schlussbericht_DE.pdf) zeigt:

wird die Anzahl zu betreuender Dossier pro Sozialarbeiter*in massgeblich reduziert, hat dies positive Auswirkungen auf die Qualität der Betreuung und somit auf das nachhaltigere Wiedererlangen eines selbstbestimmten Lebens der Sozialhilfebeziehenden sowie die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Dadurch mindern sich überdies die finanziellen Aufwände seitens Sozialdienste. Die eingereichte Motion verlangt, dass ein nationales Impulsprogramm lanciert wird, damit auch andere Sozialbehörden in Richtung Falllastreduktion unterstützt werden.

21.3731 - Tausende Berechtigte verzichten auf Sozialhilfe aus Angst, ihr Aufenthaltsstatus werde zurückgestuft oder ihre Chancen auf Einbürgerung verschlechtert

Empfehlung: Annahme

Wie verschiedene Studien zeigen, ist der Anteil von Personen, die Anspruch auf Unterstützung durch die öffentliche Hand hätten, diesen aber nicht wahrnehmen, erheblich. Genaue Zahlen sind schwierig zu erhalten, jedoch wird gemeinhin von etwa 30% Nichtbezugsquote gesprochen. Die 2019 publizierte Studie der Fachhochschule für Soziale Arbeit in Genf zeigt verschiedene Gründe dafür auf: unter anderem ist die Angst, das Aufenthaltsrecht zu verlieren ein gewichtiger Faktor.

Das von Nationalrat Atici eingereichte Postulat verlangt vom Bundesrat, genauere Zahlen zum Phänomen des Nicht-Bezugs in der Sozialhilfe in Zusammenhang mit ausländerrechtlichen Fragestellungen zu ermitteln.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der Anliegen. Für Rückfragen stehen ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Annina Grob
Co-Geschäftsleiterin